

PRESSEMITTEILUNG

Koordination
Deutsche Gesellschaft
für Mauerwerks- und
Wohnungsbau (DGfM)

Dr. Ronald Rast
DGfM-Geschäftsführer
Kochstraße 6-7
10969 Berlin

Pressestelle
Tel.: 030 / 28 87 99 93
Fax: 030 / 28 87 99 55
E-Mail: wohnungsbau@presse-themen.de

19. April 2012



Foto: Petra Berger
[Das Bild ist in Druckqualität angehängt.
Der Abdruck des Fotos ist honorarfrei.
Ein Foto-Nachweis ist nicht erforderlich.]

Bildunterzeile:

Fordert eine neue Wohnungsbaupolitik für Deutschland: Dr. Ronald Rast. Der Koordinator der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“, zu der sich 27 Branchenverbände sowie die IG BAU und der Deutsche Mieterbund zusammengeschlossen haben, erwartet im kommenden Bundestagswahlkampf einen Parteien-Wettstreit um die Wohnungsbaupolitik.

Journalisten-Service: O-Töne zu den Kernforderungen an die Wohnungsbaupolitik sind ab heute auf der Homepage der Aktion als Video-Statements eingestellt: www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de

27 Branchenverbände, IG BAU und Mieterbund fordern neue Wohnungsbaupolitik

Signal an Parteien: Gutes und bezahlbares Wohnen wird zum Wahlkampfthema

Die Parteien in Deutschland müssen dem Wohnungsbau deutlich stärkeres Gewicht geben. Das haben 27 Branchenverbände sowie die IG BAU und der Deutsche Mieterbund – zusammengeschlossen in der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“ – jetzt in einem Positionspapier zur kommenden Bundestagswahl gefordert. „Gutes und bezahlbares Wohnen wird im Wahlkampf eine zentrale Rolle spielen. Die neue Wohnungsnot ist längst da. In Großstädten, Ballungszentren und Universitätsstädten ist Wohnraum Mangelware und gutes Wohnen Luxus“, sagt Ronald Rast.

Der Koordinator der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“ verweist auf Untersuchungen, denen zufolge bereits in fünf Jahren bundesweit mehrere Hunderttausend Mietwohnungen fehlen werden. „Nur wenn der Wohnungsbau kräftig angekurbelt wird, kann es gelingen, den Wohnungsmangel zu bekämpfen und den Trend ständig steigender Wohnkosten zu stoppen“, so Rast. Um das Anziehen der Mieten und stetig steigende Heizkosten in den Griff zu bekommen, sei eine neue Wohnungsbaupolitik in Deutschland dringend notwendig. „Und die wird im kommenden Bundestagswahlkampf eine zentrale Rolle spielen. Denn das Wohnen wird für die Menschen zunehmend zur Belastung. Viele können sich ihre bisherige Wohnung nicht mehr leisten. Andere finden erst gar keine – jedenfalls nicht da, wo sie arbeiten und leben wollen“, sagt Rast.

Die Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“ hat daher jetzt die Parteien aufgerufen, den Wohnungsbau fest in den Wahlprogrammen zu verankern. Mit ihrem Positionspapier legt die Aktion dazu erstmals die Kriterien für eine künftige Wohnungsbaupolitik zur Bundestagswahl 2013 fest. Die Verbände der Planer, Bau- und Immobilienwirtschaft fordern gemeinsam mit IG BAU und Deutschem Mieterbund ein komplexes Maßnahmenpaket. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf steuerlichen Anreizen. „Die ‚Steuer-Stellschraube‘ ist äußerst effektiv, um den Wohnungsbau in Deutschland zu beleben. Bislang fehlen hier Anreize. Was wir dringend brauchen, ist eine Verdoppelung der linearen AfA von derzeit 2 auf 4 Prozent“, sagt Aktions-Koordinator Ronald Rast. Eine höhere AfA sei schon wegen des Wertverlustes einer Immobilie durch Verschleiß notwendig. Zudem müssten Bund und Länder sich zu einer steuerlichen Förderung für die Gebäudesanierung durchringen.

Das wirksamste Mittel gegen steigende Heizkosten und für den Klimaschutz sei das energetische Bauen und Sanieren. „Hier sind statt der jetzt mit viel ‚Regierungs-PR‘ als Erfolg verkauften 1,5 Milliarden Euro an KfW-Mitteln mindestens 2 Milliarden Euro pro Jahr notwendig. Mittelfristig sogar 5 Milliarden Euro“, sagt Rast. Andernfalls werde die Bundesregierung mit ihren selbst gesteckten Klimaschutzzielen scheitern. Einen weiteren Schwerpunkt legt die Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“ auf das altersgerechte Bauen. Hierfür müsse wieder Geld bereitgestellt werden. 100 Millionen Euro pro Jahr seien dies bislang gewesen. Das sei das Minimum.

Zudem sei die Bundesregierung mit einer reinen Förderung durch KfW-Kredite beim altersgerechten Bauen auf dem Holzweg. „Wer als Älterer sein Haus seniorengerecht saniert, der scheut sich, einen Kredit aufzunehmen – egal, wie lang die Laufzeit ist. Oder er bekommt ihn erst gar nicht. Beim altersgerechten Bauen muss die Politik deshalb verstärkt auf eine Zuschussvariante setzen“, so Rast. Er bezeichnet dies als „wichtiges wohnungspolitisches Instrument, das gerade für ländliche Regionen mit schrumpfender Bevölkerung und überdurchschnittlich hohem Anteil älterer Menschen sozialpolitisch einen hohen Stellenwert hat“.

Darüber hinaus spricht sich das Verbände-Bündnis für eine Stärkung des sozialen Wohnungsbaus aus. Das Geld dafür solle der Bund den Ländern künftig ausschließlich zweckgebunden bereitstellen. Die Höhe von derzeit 518 Millionen Euro pro Jahr sei bereits die unterste Grenze, die die Länder als Kompensationszahlungen für den sozialen Wohnungsbau akzeptieren dürften. „Auch die Städtebauförderung ist für gutes Wohnen und damit für die Lebensqualität der Menschen ein wichtiger Faktor“, sagt Ronald Rast. Hier müsse es sowohl eine Aufstockung als auch eine verlässliche Kontinuität geben. Ab 2013 seien mindestens 600 Millionen Euro jährlich für die Städtebauförderung erforderlich.

Die Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“ fordert zudem, den Abriss von Altbauten, die leer stehen und nicht mehr sanierbar sind, sowie den anschließenden Neubau von Gebäuden an gleicher Stelle durch neue KfW-Programme zu fördern. Gleichzeitig warnen Planer, Bau- und Immobilienbranche zusammen mit IG BAU und Deutschem Mieterbund vor einer erneuten Verschärfung der geltenden Energieeinsparverordnung (EnEV). „Die Latte bei der EnEV liegt hoch. Sie noch höher zu legen, würde das Bauen in puncto Energieeinsparung schlichtweg unwirtschaftlich machen. Es wäre eine staatlich verordnete Baubremse“, sagt Koordinator Rast.

Hinweise für die Redaktion

Das „Positionspapier der Aktion ‚Impulse für den Wohnungsbau‘ zur Förderung des Wohnungsbaus im Jahr vor der nächsten Bundestagswahl“ finden Sie im Anhang der Mail, über die Sie diese Pressemitteilung erreicht hat. Ebenso auf der Homepage der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“: www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de. Das Positionspapier enthält eine Übersicht aller Verbände, die sich zur Aktion zusammengeschlossen haben.

Interviewanfragen

Für Interviewanfragen steht Ihnen der Koordinator der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“, Dr. Roland Rast, zur Verfügung. Bitte wenden Sie sich dazu an: Linda Bidner. Telefon: 030/ 28 87 99 93.

Hörfunk-Service

O-Töne zu den Kernpunkten des Positionspapiers sind ab heute auf der Internetseite der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“ eingestellt: www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de Hier finden Sie fünf Video-Statements von Koordinator Dr. Ronald Rast zu folgenden Themen:

Mietwohnungsbau
statt **Wohnungsnot**

Keine **Energiewende**
ohne den **Wohnungsbau**

Stellschrauben
für den **Wohnungsbau**

Wohnen im Alter

Energieeinsparverordnung
EnEV - Ja, aber wirtschaftlich

Koordination

Deutsche Gesellschaft
für Mauerwerks- und Wohnungsbau e.V. (DGfM)
Kochstraße 6-7
10969 Berlin

Pressekontakt

Linda Bidner
Tel.: 030 / 28 87 99 93
Fax: 030 / 28 87 99 55
E-Mail: wohnungsbau@presse-themen.de